

ARGENTINIEN

Wir befinden uns in einer Krise, und sie wirkt sich bereits spürbar aus: Die Armutsrate hat sich in Argentinien mehr als verdoppelt, aktuellen Zahlen der Katholischen Universität von Argentinien zufolge hat sie die 40%-Marke erreicht.

Vor wenigen Tagen besuchte ich mit einigen weiteren jungen Freunden eine Schule auf dem Land (83 Schüler) und mehrere Familien in der „Provincia de Misiones“, Argentinien. Traurig und ohnmächtig mussten wir einmal mehr feststellen, dass in einem Land wie dem unseren, mit so vielen Möglichkeiten, die Kinder nichts zu essen haben und ihre Eltern keine Arbeit. Den Eltern ist es so nicht möglich, ihre Kinder gesund großzuziehen, Väter haben keine Möglichkeit, eine gesunde, starke Familie zu gründen, mit Perspektiven für die Zukunft.

In dieser Schule in Garuhapé war es in diesem Jahr nicht möglich, die Kinder mit einem Frühstück oder einem kleinen Imbiss zu versorgen, da es weder Brot noch Milch gab. Die staatlichen Gelder, die dafür vorgesehen sind, sind nicht eingetroffen. Da wir ein Wahljahr haben (im Juni wurden Senatoren und Abgeordnete für das Nationalparlament gewählt), ist es sehr wahrscheinlich, dass dieses Geld für die Wahlkampagnen ausgegeben wurde.

Es handelt sich nicht nur um eine Familie an einem Ort in unserem Land, die unter den Folgen der Krise zu leiden hat.

Bedauerlicherweise zahlen noch immer viele arme Leute den Reichen Geld, weil sie glauben, von ihnen Arbeit

zu bekommen, die ihnen ein Überleben ermöglicht. Es ist schwierig, ihnen beizubringen, dass die Reichen nur an Geschäften interessiert sind, von denen sie selbst profitieren - und dass sie eben genau deshalb reich sind, weil sie zuvor ihre Gewinne nicht geteilt haben, sondern vielmehr die Arbeiter ausbeuten.

Die Wirtschaftskrise hat auch deshalb Konsequenzen, weil die Reichen nichts verlieren wollen. Tausende Menschen verlieren ihre Arbeit und landen auf der Straße, weil jene nicht bereit sind, ihren Anteil am Gewinn in Zeiten der Krise nach unten zu schrauben. So lässt sich das Verhalten vieler multinationaler und auch nationaler Unternehmen einfach beschreiben.

Die Landbesitzer Argentiniens sind auch nicht bereit, ihre Gewinne zugunsten von Sozialprogrammen beschneiden zu lassen. Sie ziehen es vor, gentechnisch verändertes Soja für den europäischen Markt zu verkaufen und dafür Dollar zu kassieren. Ihnen ist es egal, ob wir in 20 Jahren nur noch unfruchtbare Böden haben.

Auf der anderen Seite weiß die Regierung angesichts der steigenden Armut und der großen Menge an Menschen, die komplett aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, nicht mehr, woher sie noch Gelder nehmen soll, um die Situation zu verbessern. Ihre einzige Antwort bislang lautet, Almosen an die Armen zu verteilen.

Die Mächtigen der Welt verschlimmern die Situation noch, indem sie schmutzige Geschäfte machen, um die Reichtümer unseres Landes auszuplündern. Sie wollen unsere Wasserreserven, unsere Gletscher, die Gold- und Kupferminen. Sie verseuchen mit Zellulose-Fabriken das Land, um Papier zu produzieren. Sie bauen bi-nationale

oder tri-nationale Wasserkraftwerke wie Yacyretá [Staudamm/Wasserkraftwerk am Paraná, an der Grenze zwischen Argentinien und Paraguay]. Immer behaupten sie, die Verseuchung sei unterhalb der zulässigen Grenzwerte. Sie vertreiben Menschen, Ureinwohner, und sagen, es seien nur einige wenige.

Hier leben wir, im Süden der Welt, in einem der „Entwicklungsländer“ - Entwicklung?

Mabel Moyano, Buenos Aires, ist Mitglied der franziskanischen Gemeinschaft in Argentinien.

BRASILILIEN

Die Frage, ob die Wirtschaftskrise in Brasilien angekommen ist, muss mit einem klaren „Nein!“ beantwortet werden! Denn so sagte es sinngemäß der brasilianische Präsident Inácio Lula da Silva seinem Volk, als die Finanz- und Wirtschaftskrise im vergangenen Jahr immer größere Kreise zog und nicht gekannte Ausmaße annahm: *„Brasilien ist wie kein anderes Land gut vorbereitet...Wir werden die Krise kaum merken und sie schneller überwinden als die, die sie verursacht haben! Leute, ihr müsst konsumieren, damit die Wirtschaft nicht still steht, damit ihr euren Arbeitsplatz nicht verliert!“*

Nun, ich bin weder ein Finanzexperte noch ein Wirtschaftsforscher, daher kann ich nur laienhaft folgende Fakten beschreiben:

- Es hat eine Welle von Entlassungen gegeben, besonders in der Automobilindustrie. Im ersten Halbjahr 2009 wurden 5% der Arbeiter entlassen. Im Fernsehen wird für kein anderes Produkt mehr geworben, als für Autos!

- Die Exporte gingen stark zurück. So hatte z. B. eine der größten Minengesellschaften der Welt, die „Vale do Rio Doce“ - vor wenigen Jahren noch staatlich, dann wurde sie zu einem Bananenpreis versteigert - , einen Gewinnverlust von 80% im 1. Halbjahr 2009.

Fleischexporte gingen ebenfalls stark zurück, sodass die Fleischpreise in den Supermärkten jetzt zu sinken beginnen; dennoch kostet 1 kg Rindfleisch etwa 3 - 4 US-Dollar.

Einige Sektoren des Binnenmarktes „freuen“ sich über ein wirtschaftliches Wachstum, angekurbelt durch Steuer- und Zinssenkungen (Brasilien gehört zu den Ländern mit den höchsten Steueranteilen und Zinsen der Welt!), das Regierungsprogramm zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (umgerechnet ca. 44 Milliarden von 2007 -2010) und die Erhöhung des Schulgeldes.

Augenscheinlich schlägt also die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht so heftig ein wie in den sogenannten entwickelten, industrialisierten Ländern, denn an krisenhafte, chronische Schwankungen sind wir hier eigentlich gewöhnt! Das Problem ist aber nicht die periodisch bedingte Krise, das Problem steckt viel tiefer: Es ist das kapitalistische, gewinnorientierte und konsumbestimmende Wirtschaftssystem in sich, dass nicht nur „Krisen“ verursacht, sondern die ganze Welt in die Katastrophe führt! Leonardo Boff sagte anlässlich des Theologischen Weltforums in Belém 2009: *„Dieses sozial-ökonomische Modell, das seit mehr als 400 Jahren in Kraft ist, dient nicht mehr; es garantiert nicht das Leben, denn es ist gegen die Logik des Lebens. Wir haben die Grenzen des Planeten erreicht, welches die Grenzen des Kapitalismus sind. Der Kapitalismus beinhaltet zwei große Irrtümer: Er geht davon aus, dass die Ressourcen unbegrenzt sind und die Zeit unendlich ist... Wir haben die feste Hoffnung, dass die gegenwärtige Krise des Kapitalismus die Letzte ist.“*

Eintrittskarte für die „Erste Welt“

Den vielen negativen Zeichen der Zeit zum Trotz versucht die Regierung des „Arbeiterpräsidenten“ Lula

seit ihrem Amtsantritt im Jahre 2003 das Schwellenland Brasilien wirtschaftlich auf Vordermann zu bringen, um die Eintrittskarte in die G-8, G-12 oder G-20 zu kaufen. Durch immense Exportgewinne (Biodiesel, Fleisch, Mineralien, Agroindustrie: Soja, tropische Früchte) wurden „brav“ die Schulden beim IWF bezahlt und zwei wichtige Sozialprogramme finanziert: Familien- und Schulgeld. Mit der Austragung der Fußball-WM 2014 und der Olympischen Spiele 2016 will Brasilien der Welt zeigen, dass es „Erste Welt“ ist! Die Reichtümer der neuen Ölquelle „Pré-sal“ im Atlantik, deren Gewinn einzig dem Volk zukommen soll (Ausbildung, Gesundheit), ist die Trumphkarte für dieses alte Fortschrittsmodell. Aber Lula hat keinen Zweifel: „*Deus ama o Brasil!*“ (*Gott liebt Brasilien*) - so hat er die „Entdeckung“ der Ölquelle jedenfalls gedeutet...

Obschon Lula die sogenannte „Erste Welt“, die die kolonialen und damit sozial ungerechten Strukturen geschaffen und seit über 500 Jahren beibehalten hat und zudem aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht auch die ökologische Umweltkatastrophe verursacht hat (Klimawandel infolge hohen Energiekonsums), oft heftig kritisiert, imitieren „die Brasilianer“ eifrig das Konsumverhalten der „Ersten Welt“ und spielen treu die Noten im Kapitalkonzert der Mächtigen! Und so ist es zu erklären, dass 70 - 80 % der Bevölkerung die Regierung Lula, oder besser gesagt den Präsidenten Lula, befürworten - das schafft kein anderer Politiker auf der Welt! Und das trotz aller Krisen, trotz aller politischen Korruptionsskandale, bei denen es vom Regen in die Traufe geht. Ganz gleich mit wem du sprichst oder wo du in Brasilien bist: Jeder wird

bestätigen, dass man Politikern nicht vertrauen kann und Politik ein „schmutziges Geschäft“ ist.

„Wirtschaftswunder“ Brasilien? – Der Schein trügt!

Die Weisen und Propheten, die immer Minderheiten in der Welt sind, sehen tiefer und weiter! Nicht anders als in der Ersten Welt, hat auch hier ein jeder Angst um seinen **Arbeitsplatz**. Seit September 2008 gingen 647.000 Arbeitsplätze verloren. Nicht nur die Angst, sondern noch mehr die Suche nach Arbeit verursacht den Exodus vom Land in die Stadt (80% der Bevölkerung wohnen in Städten!) und ständige Migrationswellen: vom Nordosten in den Südosten; vom Süden, Südosten und Nordosten in den „leeren“, aber jetzt wirtschaftlich boomenden Amazonas. Wer einmal zwei Tage mit dem Bus durch Brasilien gefahren ist, versteht die Gegensätze: stundenlang sieht man Monokulturen (Soja, Zuckerrohr, Eukalyptus) oder Rinder auf endlosen Weiden, andererseits die wachsende Urbanisierung und Favelisierung, wo die Menschen auf engstem Raum zusammengepfercht leben. Allein die Metropole São Paulo hat 20 Millionen Einwohner – mehr als 10% der gesamten Bevölkerung. Wer durch die Straßen im Zentrum geht, stolpert sprichwörtlich über 15.000 „Bewohner“, die Tag und Nacht, bei Regen und Kälte auf der Straße liegen. Die Sklaven- und Kinderarbeit wäre ein weiteres trauriges Kapitel.

Über die **Gewalt und Kriminalität** der Drogenhändler und der Polizei muss nicht mehr viel gesagt werden, die Bilder der regelrechten Straßen-Kriege in Rio de Janeiro sind uns allen bekannt. Infolge von Arbeitslosigkeit und Drogen sind

die Gefängnisse permanent im Kollaps. Die Gerichte funktionieren schleppend für die grosse Mehrheit der straffälligen, schwarzen Jugendlichen, aber sie ist inexistent für die „Verbrecher mit weißen Kragen“, die fast immer als unschuldig freigelassen werden.

Preisangaben aus dem täglichen Warenkorb: 1 l Milch kostet 2,20 Reais (0,84 Euro), genau soviel der Liter Diesel; die Bohnen kosten 3,60 Reais (1,38 Euro). Der gesetzliche Mindestlohn stieg von 415 auf 465 Reais (178 Euro). Die „einfachen“ Leute stöhnen vor allem über das teure Wasser und den teuren Strom!

Das **größte Problem Brasiliens** ist jedoch – aufgrund der unbegrenzten Fortschrittseuphorie – das fehlende Sozial- und Umweltbewusstsein, sowohl der einzelnen Bürger, der Unternehmer, als auch der Politiker. Die Beweise dafür sind das Transpositionsprojekt des Rio São Francisco und die totale Ausbeutung des Amazonas (Waldrodung, Agroindustrie, Staudämme, Abbau von Mineralien). Die Schreie der Mutter Erde und der Völker, die aus dem Amazonas kommen, müssten wohl schon in Deutschland gehört worden sein! Es bangt mir, dass Brasilien seinen eigenen Ausverkauf begeht...mit katastrophalen Konsequenzen für das Weltklima. Im ersten Halbjahr 2009 waren der Nordosten von einer noch nie gesehenen Überschwemmung, und der Süden von einer noch nie gekannten Dürreperiode betroffen. Die Bischofkonferenz hat im Mai eine Broschüre zum Thema „Klimawandel provoziert durch die Erderwärmung – Die Prophezeiung der Erde“ herausgebracht, die die Dinge klar beim Namen nennt. Darin heißt es: *„Brasilien bezahlt wegen seiner Abhängigkeit und Weitertreibens auf diesem Weg des Fortschritts einen hohen Preis, der*

die Klimaveränderungen verursacht: es will Exporteur von Bodenschätzen und land- und viehwirtschaftlichen Produkten sein, und dafür fällt es über die Wälder her, die noch übrig sind, und wird zum Verschmutzer der Atmosphäre". Nicht die Wirtschafts- und Finanzkrise sind das Problem, sondern das Zivilisationssystem als Ganzes, und anstatt sich Brasilien zu einem Modell- oder Alternativland entwickeln würde, „beschleunigt es im Rückwärtsgang“, wie es José Eli da Veia in der Zeitschrift Valor Econômico beschrieben hat. Das beweist, dass seine Führungskräfte ökologische Analphabeten bzw. Dummköpfe sind.

Was muss getan werden?

Die Frage, ob die Krise in der Dritten Welt – heute sagt man „höflich“ in der „südlichen Hemisphäre“ – angekommen sei, klingt etwas befremdlich! Wer auf der Welt wüsste heute noch nicht, dass sie globalisiert ist (was sie ja eigentlich schon immer war!) und alles alle betrifft, besonders die Krisen! Die Frage, richtig gestellt, muss also lauten: Wann und was muss eigentlich noch passieren, damit die Reichen und Dicken der Welt sich endlich „bekehren“, indem sie durch soziale Gerechtigkeit den Frieden ermöglichen und ökologisch, nicht ökonomisch, orientiert den Fortbestand des menschlichen Lebens gewährleisten? Die ethische und christliche Frage, die die Reichen in der Ersten und Vierten Welt und vor allem jeder Christ in der nördlichen und südlichen Hemisphäre beantworten müssen, ist: Wie kann ich angesichts des Hungers, der absoluten Misere einer Milliarde Menschen, der klimatischen Veränderungen, die die sozialen

Ungerechtigkeiten noch verschärfen, wie kann ich so weiterleben??? - Als ich auf der Deutschen Welle TV die Nachricht hörte, dass Deutschland zu den vier größten Waffenexporteuren der Welt gehört, schämte ich mich und wurde traurig... Wenn ich aber weiß, dass Deutschland ein Pionierland bei der Entwicklung ökologischer Technologie ist, dann freut mich das...

Was wir also tun müssen, als Bewohner unseres Hauses „Planet Erde“, und umso mehr noch als Christen, die der Rettung des Lebens verpflichtet sind? Das Basisgemeindetreffen in Porto Velho/Amazonas hat im Juli die alte afrikanische Weisheit neu entdeckt: **„Kleine Leute, die kleine Dinge an unwichtigen Orten tun, bewirken Ausserordentliches!“** Oder um noch einmal Leonardo Boff zu zitieren: *„Wir können nicht mit diesem Lebensstil so weitermachen, wir müssen uns bekehren! Aber worin besteht diese Umkehr? Dieses System, das in die Versklavung führt, darf nicht weitergeführt werden; wir müssen neue, alternative Wege entdecken. Die Geschichte fordert von uns eine radikale Wende, oder ein Drama, eine kollektive Tragödie wird geschehen! Das sagt bereits der erste Satz der berühmten Carta de Terra: «Wir stehen vor einem kritischen Moment in der Geschichte der Erde, in einer Zeit, wo die Menschheit ihre Zukunft auswählen muss»“* .

An diesem entscheidenden Wendepunkt der Menschheit angelangt, tun sich vor uns, der franziskanischen Gemeinschaft, in dieser historischen Stunde unseres 800-jährigen Charismas, entscheidende Wege mit Franziskus auf: für uns selbst, für die Zukunft der Kirche und des Planeten Erde! Die spirituelle und ethische Krise unserer modernen Zeit - eigentliche

Ursache aller anderen Krisen - fordert von uns Franziskanern eine Antwort. Aber es hat allen Anschein, dass es uns, von wenigen Ausnahmen abgesehen, an evangelischer Radikalität fehlt. An Worten und Texten fehlt es in der Kirche und auf der Erde nicht; es fehlt chronisch an Lebens- und Glaubenszeugnissen, an Optionen und Aktionen, an konkreten Beispielen - sowie Franziskus in seiner Zeit.

Johannes Joachim Maria Gierse ofm, São Paulo. Der Franziskaner stammt aus Meschede im Sauerland und lebt seit 20 Jahren in Brasilien.

CHINA UND INDIEN

Seit einigen Jahren beeindruckt die Volksrepublik China mit konstant großen Wachstumsraten, die jährlich eine Größenordnung von 8-10% aufwiesen. So groß weltweit die Bewunderung für diese Leistung eines unter der Führung der kommunistischen Partei stehenden Landes auch ist, so wird oft auch kritisch gefragt, wie lange dieser Wirtschaftsboom andauern könne und was geschehen werde, wenn es zu einem jähen Abbruch dieser in der Welt einzigartigen Erfolgsgeschichte käme. Viele Beobachter weisen auf den sich ständig verstärkenden Gegensatz hin, dass China auf der einen Seite im letzten Jahrzehnt zur viertstärksten Wirtschaftsmacht in der Welt geworden ist und auf der anderen Seite durch das formale Festhalten an der Ideologie eines „Sozialismus chinesischer Prägung“ ein ideologisches Vakuum geschaffen hat, das zu einem ständig wachsenden Verlust an Glaubwürdigkeit für die Staatsideologie geführt habe. Das chinesische Wirtschaftswunder verdankt sich eben nicht den Prinzipien einer marxistischen Wirtschaftstheorie, sondern ist Ausdruck einer Form eines brutalen Kapitalismus, der frei von ideologischen Bindungen nur den möglichst größten Profit erzielen möchte. Mitglieder und Funktionäre der kommunistischen Partei Chinas sind in vielen Fällen selbst Unternehmer geworden oder profitieren als korrupte Staatsdiener von Bestechungsgeldern, mit denen bestehende Vorschriften umgangen, Umweltstandards ignoriert und Rechtsansprüche von Haus- und Landbesitzern ausgehebelt werden können. Die chinesische Regierung und die Führung der kommunistischen Partei werden nicht müde, das Übel der Korruption anzuprangern und

energische Schritte zur Bekämpfung anzukündigen. Nur zu gut wissen sie, wie sehr die vielen Fälle von Korruption von Regierungs- und Parteikadern die Glaubwürdigkeit der Staatsideologie untergraben haben. Auch wenn in Einzelfällen hohe Staatsbeamte und Parteikader bestraft und hingerichtet wurden, sind die Anstrengungen, der Korruption tatsächlich Herr zu werden, bisher weitgehend erfolglos geblieben.

Allgegenwärtige Korruption

Die ständigen Korruptionsskandale in der politischen und wirtschaftlichen Führung des Landes haben die Glaubwürdigkeit der Führungsclique nachhaltig erschüttert. Der Aufbau einer „harmonischen Gesellschaft“, die Präsident Hu Jintao seit einiger Zeit propagiert, ist durch die ständig wachsende Kluft zwischen den Verdienern am chinesischen Wirtschaftswunder und der großen Zahl der Verlierer de facto gescheitert.

Schon in den vergangenen Jahren haben die sozialen Spannungen immer wieder zu gewalttätigen Protesten geführt, welche die politische Führung gegenüber der Öffentlichkeit und besonders der ausländischen Presse zu verschleiern suchte. Immer häufiger kommt es zu gewalttätigen Reaktionen auf die Willkür der Behörden vor Ort, da die Polizei und die örtlichen Beamten ihre Machtposition missbrauchen, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Die obergeordneten Behörden schauen meistens weg. Die kommunistischen Kader wiederum sind Teil des Systems und machen gemeinsame Sache mit den Funktionären vor Ort. Es gibt Stimmen, die von einer schleichenden Erosion des Staatsapparats, ja sogar von "sizilianischen Verhältnissen" sprechen. Gemeint ist die überall verbreitete Korruption, die alle Schichten

des Staatsapparats und der Wirtschaft durchdringt. Beklagt wird, dass es zu einem moralischen Verfall im politischen und wirtschaftlichen Leben gekommen ist, da Begriffe wie Ehre und moralische Integrität nicht mehr zählen, sondern das Geld und der Profit herrschen. Die weite Kreise durchdringende Unehrlichkeit zeigt sich in der Schwächung des Informationssystems auf der höchsten Ebene, das durch die häufig gefälschten statistischen Angaben an vielen Stellen in seinem Bestand gefährdet ist. Neben der Unzufriedenheit mit der vorherrschenden Ideologie hat die fehlende Gerechtigkeit in der Verteilung der Gewinne aus dem immensen Wirtschaftswachstum die sozialen Spannungen im Land anwachsen lassen. Denn neben den wenigen Profiteuren steht das große Heer der Wanderarbeiter, die mit ihrer meist unterbezahlten Arbeitskraft die wirtschaftlichen Erfolge zwar geschaffen haben, aber kaum oder nur sehr unzureichend am Gewinn beteiligt sind. Der legale Status dieser gut 200 Millionen umfassenden Gruppe von Männern und Frauen, die mit ihren Familien vom Land in die Städte an der chinesischen Ostküste gekommen sind, ist äußerst unsicher und prekär. Da es in der VR China keine Freizügigkeit gibt, verstoßen sie gegen bestehende Vorschriften mit der Folge, dass z.B. ihre Kinder in den staatlichen Schulen wegen der fehlenden Aufenthaltsgenehmigung nicht aufgenommen werden. Sozial- und Rentenleistungen, die den in den Städten registrierten Personen zustehen, werden den Wanderarbeitern vorenthalten. Die offizielle Regierungsstatistik spricht immer noch von einer ländlichen Bevölkerung in Höhe von 950 Millionen, während die tatsächliche Zahl wegen der Abwanderung vom Land in die Stadt bei höchstens 700 Millionen

liegt. Im Jahr 2007 lag die Wirtschaftsleistung der 200 Millionen Wanderarbeiter bei 90% der von den 700 Millionen Bauern auf dem Land erwirtschafteten und war damit fast gleich groß. Der Exodus der jungen arbeitsfähigen Männer und Frauen aus den ländlichen Gebieten hat wiederum gravierende Folgen für die Landwirtschaft, die zunehmend von den zurückgebliebenen älteren Menschen geleistet werden muss.

Umweltproblematik

Neben den sozialen Spannungen hat das Wirtschaftswachstum in China auch große ökologische Problemen mit sich gebracht. Denn das gewaltige Wirtschaftswachstum hat zur Zerstörung der Umwelt in einem ebenfalls gigantischen Ausmaß geführt. Lange haben die Verantwortlichen versucht, die zunehmende Verschmutzung von Gewässern, die Verschlechterung der Atemluft durch Abgase des rapide wachsenden Verkehrs und der Industrie, das Abholzen von Wäldern und die Verschlechterung der Qualität der Ackerböden als notwendigen Preis für die Modernisierung hinzunehmen. Ein Umdenken hat gerade erst begonnen. Im August 2009 hat die chinesische Führung erstmals offiziell ein Programm für den Klimaschutz und Verringerung des Ausstoßes des Treibhausgases Kohlendioxid vorgestellt, das allerdings erst nach 2020 zu wirken beginnen soll. Bis dahin werden die Emissionen noch steigen und erst im Jahr 2050 sollen sie dann den Stand des Jahres 2005 erreicht haben. Es ist zu begrüßen, dass China erstmals Klimaziele vorstellt, auch wenn die vorgesehenen Maßnahmen nur wenig effizient erscheinen. Im Ausland wurde angesichts der bestehenden sozialen Spannungen in der VR China kritisch beobachtet, welche

Folgen die jüngste Weltwirtschaftskrise für China haben werde. Einerseits schien China, das über die größten Devisenreserven in der Welt in Höhe von gut 2 Billionen US-Dollar verfügt, in der Lage zu sein, durch gezielte Investitionen einem Absturz seiner Wirtschaft gegensteuern zu können. Es gab sogar Stimmen, die davon sprachen, dass die Wirtschafts- und Finanzkraft Chinas mittlerweile so stark sei, dass sie bei der Stabilisierung der Weltwirtschaft eine entscheidende positive Rolle spielen könnte. Es zeigte sich allerdings schnell, dass China keinesfalls schon so stark und unabhängig vom Weltmarkt ist, als dass es diese Rolle hätte ausfüllen können. Die Einbrüche der Wirtschaft in den USA, dem wichtigsten Exportmarkt chinesischer Güter, schlugen unmittelbar auf die chinesische Wirtschaft durch, die das Wegbrechen der Exporte in die USA, nach Europa und weltweit nicht kompensieren konnte.

Das soziale Netz ist dünn gestrickt

Der gewaltige Exportrückgang zeigte, dass der massive Ausbau von Produktionsstätten in China zu Überkapazitäten geführt hatte, so dass die vom Exportrückgang betroffenen Firmen nicht mehr in der Lage waren, ihre Kredite zurückzuzahlen. Das hohe Zinsniveau und die bei über 5% liegende Inflationsrate führten zur Verteuerung der Lebensmittelpreise, wovon alle Teile der Bevölkerung betroffen sind. Am stärksten betroffen sind die Wanderarbeiter, von denen über 20 Millionen ihre Arbeitsstellen verloren haben und gezwungen wurden, wieder aufs Land zurückzugehen. Dort sind sie zunächst arbeitslos und können höchstens versuchen, das wenige Land, das sie vor ihrem Weggang bebaut haben, von Verwandten und Bekannten wieder

zurückzuerhalten. Noch schlimmer ist die Situation jener Wanderarbeiter, die keinen Anspruch auf ein Stück Land haben, das sie bebauen könnten. Die existentiellen Nöte dieser Menschen führen vermehrt zu sozialen Spannungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die politische Führung tut alles, die zunehmende Unzufriedenheit in der ländlichen Bevölkerung vor der Weltöffentlichkeit zu verschleiern. Denn sie ist sich nur zu gut bewusst, dass in der chinesischen Geschichte nur allzu oft soziale Spannungen in der Landbevölkerung zum Umsturz von Dynastien geführt haben.

Wie so oft treffen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise die Armen und Schwachen besonders stark. Das soziale Netz ist in China sehr dünn gestrickt. Eine Sozialversicherung mit Krankenversicherung und Altersfürsorge besteht nur in den Städten und auch da nicht flächendeckend. Auf dem Land müssen die Menschen schon selbst für das Alter vorgesorgt haben oder sich auf ihre Verwandten verlassen können. Die Versorgung von Behinderten und psychisch Kranken, besonders von Kindern mit schweren Krankheiten, ist sehr unzureichend. Da ist die Regierung froh, wenn sich Nicht-Regierungsorganisationen dieses vernachlässigten Feldes annehmen. Hier ist auch der Ort, wo kirchliche Einrichtungen, wie die protestantische Amity Stiftung oder katholische Sozialeinrichtungen, die es in mehreren Diözesen inzwischen gibt, sich dieser Menschen annehmen. Solange sie unter der Kontrolle der Regierung hier „Löcher stopfen“ und sich anderweitig nicht „missionarisch“ verhalten, ist ihre Mitarbeit durchaus erwünscht. Dies gilt z.B. auch für die ca. 80 000 „AIDS-Waisen“, die Kinder von Eltern, die Anfang

der 1990er Jahre in der Provinz Anhui und anderswo beim Blutspenden durch mit AIDS-Viren verseuchte Nadeln krank geworden und gestorben sind. Da die finanziellen Mittel der chinesischen Behörden wegen der Wirtschaftskrise stark eingeschränkt sind, haben Nicht-Regierungsorganisationen u.a. auch aus Deutschland die Betreuung dieser Kinder übernommen.

Die Wirtschaft wächst weiter

Die chinesische Regierung reagierte auf die Wirtschaftskrise mit massiven Finanzspritzen für die Wirtschaft in der Größenordnung von 460 Milliarden Euro. Dank dieser staatlichen Finanzunterstützung konnte das Ausmaß der Rezession der heimischen Wirtschaft eingedämmt werden. Dank der staatlichen Unterstützung sind die Autoproduktion, Ausbau der Infrastruktur im Eisenbahn-Straßen-Kanal- und Brückenbau sowie in der Flugindustrie mindestens stabil geblieben. Auch wenn die Wirtschaftskrise Chinas vergleichsweise ein geringeres Ausmaß als in den USA und den anderen Industrieländern erreichte, ist das Vertrauen des Auslands in die Lukrativität von Investitionen in die chinesische Volkswirtschaft stark gesunken. Aber trotz eines Rückgangs um gut 20% bleibt China immer noch der weltweit größte Empfänger ausländischer Investitionen. Schließlich gibt es durchaus Anzeichen, dass die chinesische Wirtschaft, die auch im Jahr 2009 eine Wachstumsrate von ca. 9% aufweisen wird, in der Lage sein wird, die Krise einigermaßen gut zu überstehen. China ist inzwischen schon wieder im großen Stil als Abnehmer von Erzen, Erdöl, Gas und anderen Rohstoffen in Afrika, Asien und Australien tätig. Dabei sind die Chinesen nicht von Rücksichten auf Menschenrechte in der Auswahl der

Partner eingeschränkt, wie ihr Auftreten im Sudan und in Burma zeigt, wo sie die Menschenrechtsverletzungen der dortigen Regime billigend in Kauf nehmen und internationale Sanktionen gegen sie zu verhindern wissen. China ist dabei, seine wirtschaftliche und finanzielle Macht innerhalb des globalen Marktes zur Geltung zu bringen. Mitten in der weltweiten Wirtschaftskrise hat China den Markt Lateinamerika entdeckt. Im Juli 2009 wurde gemeldet, dass die VR China die USA als größter Handelspartner in Brasilien abgelöst habe. Lateinamerika ist auf der einen Seite ein großer Markt und verfügt auf der anderen Seite über viele Rohstoffe, an deren Import die Wirtschaft der VR China stark interessiert ist. China ist daran interessiert, Märkte für seine Waren und Güter möglichst global exportieren zu können und bei den Rohstoffen ebenfalls über möglichst viele Quellen zu verfügen.

Indien - das bessere Modell?

Es mag hilfreich sein, einen kurzen Blick auf die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Indien zu werfen, das von der Bevölkerungsgröße und wirtschaftlichen Entwicklung her viele Gemeinsamkeiten mit der VR China aufweist.

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise hat die indische Volkswirtschaft natürlich ebenfalls getroffen, allerdings nicht im selben Maß, wie dies in der VR China der Fall war. Seit Anfang der 1990er Jahre ist die indische Wirtschaft ständig gewachsen und belegt gegenwärtig mit seiner Wachstumsrate weltweit den zweiten Platz hinter der VR China. Für den Zeitraum 2004-2008 lag die Wachstumsrate bei starken 9%. Zwar sind die ausländischen Investitionen in Indien

zurückgegangen, was Auswirkungen auf die Wachstumsrate der indischen Wirtschaft haben wird, die für das Jahr 2009 aber immerhin noch auf 7% geschätzt wird. Denn anders als die chinesische Wirtschaft, bei der das Wirtschaftswachstum bisher vom Export getragen wurde, ist die indische Wirtschaft weit weniger vom Export abhängig und erhält ihre Wachstumsimpulse in erster Linie vom riesigen einheimischen Markt. Der Anteil der Exporte liegt in der VR China bei 37,1% des Bruttoinlandsprodukts, während der Export im Fall Indiens nur 14,6% des BIP ausmacht. Verglichen mit den westlichen Industrieländern hat die indische Wirtschaft die gegenwärtige Wirtschaftskrise erstaunlich gut bestanden. Dies gilt auch im Vergleich mit der VR China, die in den letzten Jahren ansonsten die weitaus besseren Ergebnisse und Wachstumsraten zu verzeichnen hatte.

Beim Vergleich der beiden Systeme, auf der einen Seite das von der kommunistischen Partei Chinas autokratische geführte China und auf der anderen Seite Indien, die größte Demokratie der Welt, hat Indien einige Pluspunkte aufzuweisen. Die Vorteile Indiens beruhen in erster Linie darauf, dass es über Jahrzehnte gewachsene demokratische Strukturen und ein funktionierendes Justizsystem gibt. Dass die indische Demokratie funktioniert, hat der Ausgang der letzten nationalen Wahlen im Frühjahr dieses Jahres wieder gezeigt. Auch wenn es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Religionen in Indien kommt, ist der Einfluss der religiösen und ethischen Traditionen in Indien auf die öffentliche und private Moral und Lebensführung doch sehr stark. Das Militär hat in Indien die demokratischen Grundrechte respektiert und sich nie in

die Politik eingemischt. Indien hat den weiteren Vorteil, dass die englische Sprache in der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik weit verbreitet ist, was die Kommunikation mit dem Ausland erleichtert. Indien und China liegen seit Jahren in einem Wettstreit, der bisher eindeutig von China dominiert wurde. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Gewichte in Folge der Weltwirtschaftskrise zu verschieben beginnen.

Dr. Georg Evers, Raeren (Belgien). Georg Evers war lange Jahre Asienreferent bei Missio Aachen und lebt heute als freier Autor in Belgien.

JAPAN

Japan, das sehr auf den Export von Autos und elektronischen Produkten wie Fernseher, Computer und Roboter angewiesen ist, wurde vom ersten Tag an von der Krise getroffen. Selbst große Automobilkonzerne wie Toyota und Mitsubishi mussten Werke schließen, sodass viele Menschen ihre Arbeit verloren. Viele Hersteller elektronischer Produkte, die Immigranten aus Asien und Lateinamerika beschäftigten, mussten geschlossen werden. Viele der Gastarbeiter kehrten in ihre Heimat zurück, was wir in den Kirchen sehr stark zu spüren bekamen, da viele dieser Leute die Messen besuchten. In der Diözese Kyoto, wo ich arbeite, gibt es vor allem viele Menschen aus Brasilien, die auch ihre eigenen portugiesisch-sprachigen Schulen haben. Diese Schulen mussten alle geschlossen werden.

Mehr Obdachlose, mehr Selbstmorde

Es gibt eine Zunahme an Selbstmorden: Der durchschnittliche Wert der letzten Jahre lag bei 30.000, bis Juli 2009 waren es bereits 17.000. Viele Leute nehmen sich das Leben, indem sie sich vor Züge werfen, was einerseits die Lokführer traumatisiert und zudem Verspätungen im Berufsverkehr und Verstopfungen im Schienenverkehr verursacht. Die Unternehmen denken über Absperrungen an allen Bahnhöfen nach, was jedoch erhebliche Kosten und damit steigende Preise verursachen würde.

Es gibt einen Anstieg an Obdachlosen und Menschen, die anfangen zu trinken oder zu spielen. Raubüberfälle sind fast täglich in den Nachrichten - Japan, einst für die Sicherheit in seinen Straßen berühmt, wird jeden Tag unsicherer. In unserem Obdachlosenheim in

Osaka kommen täglich mehr Menschen, die ihre Arbeit verloren haben und auf Unterstützung angewiesen sind.

Oft müssen beide Ehepartner arbeiten gehen, wodurch die Erziehung der Kinder vernachlässigt wird. Dies zeigt sich auch in unserer Einrichtung für arbeitende koreanische Mütter.

Ein weiterer Effekt ist der Rückgang im Tourismus, der leere Flugzeuge und Hotels und damit den Verlust von Arbeitsplätzen in diesem Sektor zur Folge hat.

Weniger und niedrigere Einkommen spiegeln sich auch in den Schulbesuchen wider, da Japan im Vergleich zu den anderen Industrienationen die höchsten Bildungskosten aufweist. Selbst die Geburtenrate und die Anzahl neu geschlossener Ehen ist zurückgegangen.

Was muss getan werden?

Jobsharing ist ein Weg, der in Anlehnung an die Niederlande auch in Japan bereits hier und da Anwendung findet. Allerdings sind die Männer in Japan nicht sehr erfinderisch, was die Nutzung ihrer freien Zeit angeht.

Es müssten mehr Arbeitsplätze auf dem Land geschaffen werden, sprich: es braucht eine De-Urbanisation. Die Städte sind überfüllt, das Land ist leer. Junge Männer, die bereit sind als Farmer oder Waldarbeiter zu arbeiten, finden oft keine Frauen und müssen nach Thailand, Indonesien oder Philippinen, um eine Frau zu finden. Land- und Forstwirtschaft müssen für junge Menschen attraktiver werden.

Arbeitslose müssen bessere Unterstützung erfahren. Die Diözese Osaka ist mit gutem Beispiel vorangegangen, indem sie Einrichtungen eröffnet hat, wo Bedürftige Schutz, Nahrung und Beratung für Weiterbildungen erhalten, um diese Menschen von den Straßen zu holen. Denn dort fallen sie leicht in die Hände organisierter Verbrecherbanden, die ihnen illegale Jobs anbieten und ihre Reputation für immer ruinieren. Einer unserer japanischen Brüder, der mit den Obdachlosen in Osaka lebt, wurde nach Tokio gerufen. Eine Kirche hat dort eine Suppenküche eingerichtet, die täglich von 400 Leuten aufgesucht wird, was jedoch zu Protesten der Nachbarn geführt hat. Br. Honda wurde gebeten, mit diesen Leuten zu reden. Er sagte ihnen, sie hätten Recht mit ihrem Protest, denn den Mittellosen Essen zur Verfügung zu stellen, ruiniere die Würde dieser Menschen. Sie sollten daher etwas tun, um für die Arbeitslosen Tätigkeiten zu kreieren. Br. Honda ist damit sehr erfolgreich, in Osaka werden viele Obdachlose mit Dienstleistungen wie Stadtreinigung oder Pflege von Grünanlagen beschäftigt. Dies könnte ein Vorbild für andere Kirchen oder Missionsschulen sein.

Für die Bewahrung unserer Umwelt könnten viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Es wäre auch sinnvoll, wenn mehr Menschen vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen würden, auch auf diese Weise könnten viele neue Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor geschaffen werden.

Lukas Horstink ofm, Kyoto. Der niederländische Franziskaner lebt seit 1959 in Japan.

KENIA UND UGANDA

Kenia und Uganda sind bemüht, alle Einrichtungen staatlicher sozialer Fürsorge aufrecht zu erhalten, also z.B. Schulen geöffnet zu lassen und Gesundheitszentren handlungsfähig zu halten. Es gibt nur marginale Versuche, andere Strategien zum Schutz sozialer Einrichtungen zu entfalten, die vor dem Beginn der Krise geplant waren. Beide Länder leiden zum Beispiel unter einer Nahrungsmittel-Krise, die, obwohl sie nicht unmittelbar der Finanz- und Wirtschaftskrise zugeschrieben werden kann, dennoch im Licht der Krise einen Einfluss darauf genommen hat, dass Gelder umverteilt wurden. Berichte zeigen, dass speziell Kenia 15% aus dem Budget anderer Programme im Juni 2009 für Nahrungsmittelimporte umgelenkt hat. 10 Billionen KES (=Kenianische Schillinge, entspricht ca. 100 Millionen Euro), die ursprünglich für die Bildung gedacht waren, mussten für Nahrungsmittel aufgewendet werden. Im Gegenzug wurde die Schulzeit verlängert, um die Umsetzung eines Ernährungsprogrammes für Schulkinder zu ermöglichen.

Der Einfluss der Krise auf die Ärmsten in diesen beiden Ländern ist schwer einzuschätzen aus Mangel an den dafür notwendigen Zahlen. Es ist aber dennoch zu beobachten, dass jene, die zuvor nicht „arm“ waren, jetzt durch die Krise in die Armut geraten sind, und andere, die auch vorher schon unter der Armutsgrenze gelebt haben, jetzt noch ärmer dran sind. Z.B. gibt es Studenten, die sich die Kosten für die öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr leisten können und jetzt zu Fuß die oft großen Entfernungen zur Universität zurücklegen müssen. Das mag zwar einerseits gesund

sein, kostet aber auch Zeit und Energie, die ja eigentlich für das Studium aufgebracht werden sollte.

Kaffepreis als Gradmesser

Uganda exportiert hauptsächlich Rohstoffe, während Kenia vor allem verarbeitete Produkte ausführt. Der starke Preisverfall des Kaffees hat jedoch beide Länder in gleichem Ausmaß getroffen. Die Zahlen der Weltbank zeigen, dass der Preis für Arabica Kaffee, einem Schlüsselexportprodukt Kenias, zwischen 2008 und 2009 von 308 US\$ cent/kg auf 270 US\$ cent/kg gefallen ist. Robusta Kaffee, Schlüsselexportprodukt Ugandas, fiel von 232 auf 200 US\$ cent/kg im gleichen Zeitraum. Wenn der Preis für den Kaffee sinkt, spürt die arme Landbevölkerung dies unmittelbar, da sie auf ihren kleinen Farmen sofort Verluste erleiden.

Die Überweisungen im Ausland lebender und arbeitender Menschen beider Länder sind zurückgegangen. Ebenso ergeht es den lokalen Organisationen und den Nichtregierungs-Organisationen, die auf Gelder aus dem Norden angewiesen sind, um ihre laufenden Kosten decken zu können. In Uganda sind die Mittelzuflüsse für Nichtregierungs-Organisationen zwischen 2007 und 2008 um 5,3 % und nach Oktober 2008 noch tiefer gesunken. Einige lokale Organisationen in Kenias Kibera-Slum haben aufgrund der unsicheren Situation ihre Ausgaben gekürzt, wovon u.a. Internats-Schüler und Ernährungsprogramme betroffen sind.

Selbst akademische Stiftungen waren betroffen. So musste etwa die Internationale Friedensforschungs-Stiftung (International Peace Research Foundation) bekanntgeben, dass sie 2010 nicht in der Lage sein wird, die Teilnahme an der Konferenz der International

Peace Research Association voll zu bezuschussen. Das bedeutet, dass viele Akademiker aus südlichen Ländern, vor allem aus Kenia und Uganda, nicht zu der Konferenz reisen können, da sie sich die Reise- und Übernachtungskosten nicht leisten können.

Uganda ist auf finanzielle Unterstützung von außen angewiesen, Kenia nicht. Den aktuellen Haushaltsplänen 2009/2010 zufolge benötigt Uganda über das Doppelte an finanziellen Mitteln und Projektunterstützung von Dritten. Dennoch musste Kenia 2008 einen Appell zur Unterstützung an die Gemeinschaft gebender Länder richten.

Kakeeto A. Richard ofm, Nairobi. Der Franziskaner arbeitet im Büro für Gerechtigkeit und Frieden der Franziskaner für Afrika in Nairobi. Die Beobachtungen sind beschränkt auf Kenia und Uganda, aber sie geben auch einen ungefähren Hinweis darauf, was in der Region geschieht.